

presente

Bulletin der Christlichen Initiative Romero 4/2017

GUATEMALA
Wer ist hier unerwünscht?
Präsident vs.
Korruptionsermittler
(Seite 18)



**Wo geht's hin
mit dem Klimawandel?**

Liebe Leser*innen, liebe Freund*innen,



Sie steht wieder vor der Tür, die Zeit der Wünsche und der Weihnachtsträume. Kinder träumen von neuem Spielzeug (Seite 27) oder besonderen Leckereien und schreiben ganze Wunschzettel voll. Die damals 12-jährige Severn Cullis-Suzuki äußerte ihren größten Wunsch 1992 in Rio vor der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung: Eine Zukunft für alle Kinder und alle zukünftigen Generationen. Severns eindrucksvolle Rede hörten damals tausende Entscheidungsträger*innen und noch heute kann sie jede*r im Internet unter ihrem Namen finden.

Seit 1995 findet jedes Jahr eine große UN-Konferenz zur Rettung des Klimas statt, zuletzt just im November in Bonn – die COP 23. Der Redaktionsschluss der presente war schon vor dieser Klimakonferenz. Wir hoffen, dass Stimmen wie die von Severn Cullis-Suzuki, von Expert*innen und unseren zivilgesellschaftlichen Partner*innen (Seite 7) gehört worden sind, dass es fünf vor – ja eigentlich schon fünf nach – zwölf ist für unser Klima. Bisher sind die Beschlüsse der Politiker*innen immer weit hinter deren Forderungen zurückgeblieben.

Das Problem ist sehr menschlich: Wir wissen beispielsweise, wenn wir uns ungesund ernähren, kann uns das auf lange Sicht zum Beispiel in Form eines Herzinfarktes umbringen – aber dieser verführerisch duf-

tende Lebkuchen... Langfristige negative Konsequenzen treten angesichts einer kurzfristigen Verlockung in den Hintergrund. Genauso wissen die Politiker*innen bei der COP, dass sie unseren Ressourcenverbrauch und unser Wirtschaftssystem grundlegend ändern müssen, um unseren Planeten zu erhalten – aber angesichts der nächsten Wahlen verblasst diese Dringlichkeit. Viele fürchten um ihre Wiederwahl oder die Unterstützung großer Konzerne, wenn sie eine konsequente Klimaschutzpolitik mittragen oder sogar vorantreiben würden.

Doch es gilt, auch die Chancen zu betrachten: Sie haben die Möglichkeit, unsere Wünsche wahr werden zu lassen, wenn sie über die kurzfristigen Ängste und Verlockungen hinaus blicken und ihren wohlwollenden Worten endlich Taten folgen lassen. Erst wenn sie ihre Verantwortung derart ernst nehmen, können sie die Erde für die nächsten Generationen bewahren. Bis Dezember 2018 haben wir nun Zeit, ihnen diese Botschaft zu verdeutlichen. Dann findet im polnischen Kattowitz die COP 24 statt.

Wir wünschen Ihnen im Advent und zu Weihnachten Zeit für gute Wünsche und nun eine interessante Lektüre, die Sie – so würden wir es uns wünschen – auch zum Handeln inspiriert.

Ihr CIR-Team

Das Titelbild von Josh Willink (Pexels.com) zeigt, dass Windräder nicht nur an der Nordsee stehen, sondern auch in trockenen Gebieten Mittelamerikas, wo der Klimawandel längst Realität geworden ist. Und es fragt: Wie wollen wir den Planeten für die nächste Generation hinterlassen?



THEMA

Wo geht's hin mit dem Klimawandel?

- 4** RITA MUCKENHIRN
Opfer, Vorbild, Rebell
Nicaraguas Rolle im Klimawandel
- 7** ISABELL ULLRICH (CIR)
„Trotz Enttäuschungen optimistisch“
Interview mit Victor Campos zur COP 23
- 10** THORSTEN MOLL, ALBRECHT SCHWARZKOPF
(BEIDE CIR)
Der Klimawandel ist schon da
3 kluge Anpassungs-Strategien aus
Mittelamerika



- 13** MAGDALENA HEUWIESER
Tausche Holzofen gegen Flugzeug
Abrechnung mit CO2-Kompensations-
projekten

MITTELAMERIKA

Länderberichte

- 18** ALBRECHT SCHWARZKOPF (CIR)
GUATEMALA
Wer ist hier unerwünscht?
Präsident gegen Korruptionsermittler
- 21** CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)
NICARAGUA
**Ein Dorf wehrt sich dagegen, in einer
Tagebaumine zu verschwinden**
- 24** KIRSTEN CLODIUS (CIR)
HONDURAS
Unterdrückte Studierendenbewegung
Gewalt eskaliert immer öfter

KAMPAGNE

- 27** JOANA EINK (CIR)
(K)ein Spiel mit Menschenrechten
Spielzeug aus Fernost

ÜBER UNS

- 30** So war die Herbsttagung 2017
- 31** Bestellschein

Diese presente könnte auch andere Personen oder Gruppen in Ihrem Umfeld interessieren? Bestellen Sie gerne mit einer Mail (cir@ci-romero.de) oder einem Anruf (0251-674413-0) gratis weitere Exemplare zum Verteilen im Kollegium, der Freizeitgruppe und dem Bekanntenkreis!

Impressum



Herausgeberin:
Christliche Initiative Romero (CIR)
Schillerstraße 44a
D-48155 Münster
Telefon +49 (0) 251 - 67 44 13 -0
Fax +49 (0) 251 - 67 44 13 -11
cir@ci-romero.de
www.ci-romero.de

Redaktion:
Anna Backmann, Kirsten Clodius,
Eva Heineke, Thomas Krämer,
Thorsten Moll, Anne Nibbenhagen,
Maik Pflaum, Albrecht Schwarzkopf,
Isabell Ullrich (V.i.S.d.P.), Ronja Vollmari,
Christian Wimberger
Lektorat: Isabell Ullrich
Druck: Druckservice Roxel,
Münster, November 2017
Layout: Edith Jaspers
Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Spenden an die CIR
DKM Darlehnskasse Münster
IBAN DE67 4006 0265 0003 1122 00
BIC GENODEM1DKM

Geprüft und empfohlen.
Das DZI bescheinigt der
Christlichen Initiative
Romero einen verant-
wortungsvollen Umgang
mit Spendengeldern.



Die Veröffentlichung der presente wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union ermöglicht. Für den Inhalt ist allein die Christliche Initiative Romero verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Europäischen Union wieder.

Opfer, Vorbild, Rebell

Nicaraguas besondere Rolle im Kampf gegen den Klimawandel

„Zuerst haben wir durch den Kaffeerost den Großteil unserer Kaffeeplantagen verloren. Mein Sohn nahm einen Kredit auf, um Mais und Bohnen anzupflanzen und somit die Krise zu überwinden, aber dann hatten wir eine extreme Trockenzeit und er verlor die komplette Ernte. Im folgenden Jahr nahm er nochmal einen Kredit auf mit der Hoffnung, dass es diesmal regnen würde, aber dann hat uns eine zweite Dürreperiode gebeutelt. Da war er so verzweifelt, dass er sich das Leben nahm.“

TEXT: RITA MUCKENHIRN

Diese Erfahrung teilte Doña Juanita¹ im Rahmen einer Studie über Resilienz mit uns. Aber die Geschichte ist wahrscheinlich nicht spektakulär genug, um in den Medien zu erscheinen. Sie zeigt eines von vielen Gesichtern des Klimawandels und zwar ein gefährliches: die tagtäglichen, schleichenden Herausforderungen, mit denen die betroffenen Menschen des globalen Südens umgehen müssen.

Globale Ungerechtigkeit in Zahlen

Nicaragua befindet sich nach Honduras, Myanmar und Haiti auf Platz 4 des langfristigen Klima-Risiko-Indexes. Diese Länder waren von 1996 bis 2015 am stärksten von Wetterextremen wie Überschwemmungen, Stürmen, Hitzewellen oder Dürren betroffen. Die ersten 10 Plätze werden vor allem von ärmeren Ländern eingenommen, die am wenigsten für den Klimawandel verantwortlich sind.²

Dies war auch ein Argument, warum die nicaraguanische Regierung das Abkommen von Paris im Dezember 2015 nicht unterzeichnete. Überraschenderweise hat der

Präsident Nicaraguas, Daniel Ortega, am 19. September 2017 angekündigt, nun doch unterschreiben zu wollen, was sowohl von der Zivilgesellschaft als auch dem Privatsektor begrüßt wird (mehr dazu ab Seite 7).

Auch wenn Nicaragua nur zu einem sehr kleinen Teil für den Klimawandel verantwortlich ist, kann seine Energiepolitik als beispielhaft bezeichnet werden. 2017 hat das Land den Sprung auf 53 Prozent erneuerbare Energie geschafft. Bis 2030 will das Land 90 Prozent der Energie aus erneuerbaren Quellen erzeugen. Dennoch darf man die Situation Nicaraguas nicht schwarz-weiß malen, denn auch intern gibt es Widersprüche und unterschiedlichste Herausforderungen:



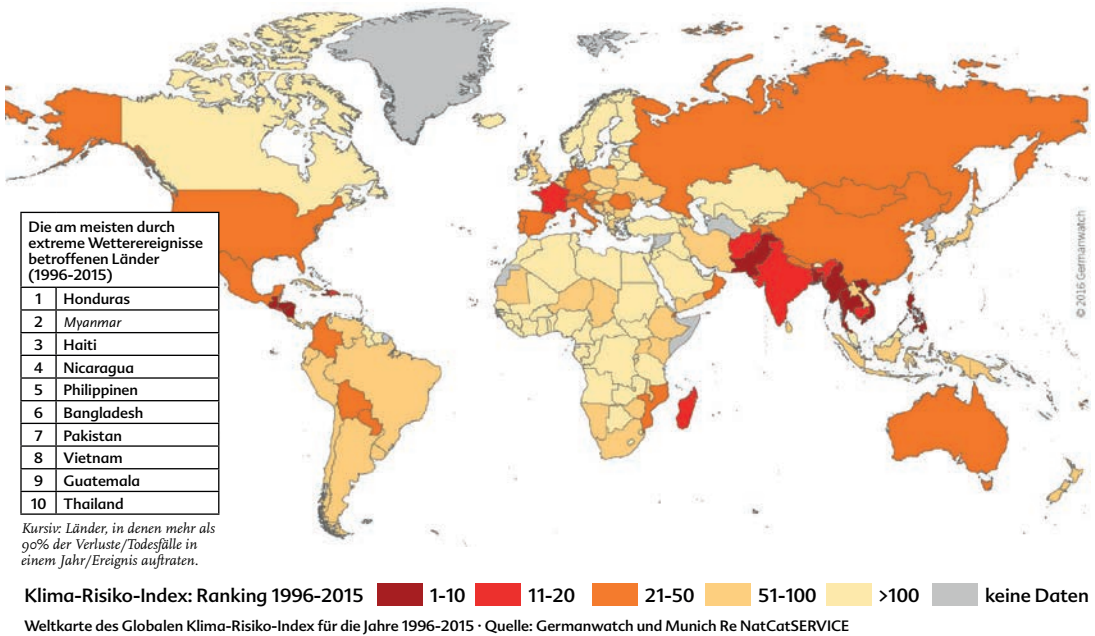
1. Wirtschaftswachstum

Die Wirtschaft ist seit 2011 jährlich um etwa 5 Prozent gewachsen. Im Vergleich zum lateinamerikanischen Durchschnitt (-0,7 Prozent) ist das ein gutes Ergebnis³. Das bedeutet aber auch, dass nun eine wachsende Mittelschicht beginnt, das unnachhaltige Konsummodell der Industrieländer nachzuahmen – nach dem Motto „jetzt sind wir dran“. Dies ist einer von vier

¹ Name geändert

² Globaler Klima-Risiko-Index 2017. Zusammenfassung. Germanwatch.

³ Alianza Nicaragüense Ante el Cambio Climático (ANACC): Agenda Ambiental para el Desarrollo Sostenible. Nicaragua, 2020. Managua, 2016.



Faktoren, die extremen Druck auf unseren Planeten ausüben. Johan Rockström⁴, Leiter des Stockholm Resilience Center, nennt ihn den 20/80 Faktor: Die heutigen Umweltprobleme wurden von 20 Prozent der hauptsächlich reichen Weltbevölkerung erzeugt. 80 Prozent hingegen leben in Ländern des globalen Südens, die schon jetzt oder in den nächsten Jahrzehnten von ihrem Recht auf Wirtschaftswachstum profitieren wollen. Dann werden auch sie ihren positiven ökologischen Fußabdruck hinter sich lassen. Wäre der Konsum weltweit wie der in Nicaragua, so hätten wir 1995 so viele Ressourcen verbraucht, wie eine halbe Erde in einem Jahr regenerieren kann. 2008 lag der Wert schon bei einer

ganzen Erde. Und mit Sicherheit überschreitet der nicaraguanische Lebenswandel heute schon die Grenzen unserer Erde, wenn man die steigende Zahl von Autos, die Ausweitung der Viehwirtschaft und den Konsum von importierten Luxusgütern betrachtet.⁵



2. Temperaturanstieg verändert Landwirtschaft

Der Temperaturanstieg, der jetzt schon zwischen 2° und 3°C liegt und etwa in Jinotega, dem wichtigsten Kaffeeanbaugebiet Nicaraguas, schon durchschnittlich 4°C beträgt, wird auch auf lokaler Ebene die Wirtschaftsstruktur verändern. Kaffeeanbau wird unter 800 Metern Höhe nicht mehr rentabel sein, Mais wird Kaffee und auch Regenwald nach und nach ersetzen. Die Produktion von Palmöl verdrängt jetzt schon riesige Flächen tropischen Regenwaldes.



3. Abholzung

Jährlich werden sechs Prozent Wald abgeholzt. Das stellt eine der größten Herausforderungen des Klimawandels dar. Laut dem Centro Humboldt⁶ >

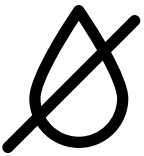
⁴ Johan Rockström; Mattias Klum: Big World, Small Planet. 2015.

⁵ Global Footprint Network: Ecological Footprint Atlas 2008.



Nachhaltigkeits-Projekt von La Cuculmeca und Partner*innen in Jinotega.

verlor Nicaragua in den letzten fünf Jahren ein Drittel der bewaldeten Fläche, vor allem in geschützten Gebieten. Im Biosphärenreservat Bosawás wurde der Bestand um 92.158 Hektar geschmälert. Es droht seinen Status als UNESCO Welt-Naturerbe zu verlieren. Wenn diese Entwicklung nicht gestoppt wird, wird es 2050 in Nicaragua keinen Wald mehr geben.



4. Trockenheit

Das Phänomen „El Niño“ wurde durch den Temperaturanstieg noch verstärkt und bedeutet vor allem für die Bauern und Bäuerinnen der Trockenzone Ernteverluste, Verschlechterung der Böden und austrocknende Flüsse und Brunnen. Die Regenfälle gingen in der Trockenzone um 35 Prozent zurück.

Klimawandel gemeinsam stoppen

Um weitere Tragödien wie die von Doña Juanita und ihrer Familie zu verhindern, wollen nicaraguanische Organisationen wie Centro Humboldt und La Cuculmeca diese Themen gemeinsam mit der CIR angehen. Im Vordergrund stehen dabei Anpassungsmaßnahmen, die aber auch gleichzeitig zum Klimaschutz beitragen: Der Wald soll natürlich regeneriert, Wassereinzugsgebiete und somit Regenwaldreserven geschützt und Agrarforstsysteme angelegt werden, die gleichzeitig CO₂ binden und widerstandsfähiger gegen den Klimawandel sind. Außer-



dem beteiligen sich die nationalen Organisationen gemeinsam im Rahmen des Netzwerks ANNAC an der Formulierung eines Gesetzesvorschlags zum Klimawandel. Und sie sind, was politische Lobbyarbeit angeht, sehr aktiv.

Das Zeitfenster, um dem Klimawandel entgegenzusteuern, wird nicht nur global immer kleiner. Für die Menschen in Nicaragua und vielen anderen Ländern des globalen Südens bedeutet der Klimawandel heute schon extreme Herausforderungen, wie uns die Ausmaße der diesjährigen Hurrikansaison in der Karibik und die Überschwemmungen in Bangladesch und Nepal aufzeigt haben.

Rita Muckenhirn lebt und arbeitet in enger Kooperation mit NGOs in Mittelamerika und der Karibik. Für die CIR hat sie eine vorbereitende Studie zu dem im Text genannten Klimaprojekt verfasst und die Ergebnisse in diesem Artikel zusammengefasst.

Überleben sichern!

Die Ziele unseres Klimaprogramms für Nicaragua sind ambitioniert: Unsere Partner*innen vor Ort werden Maßnahmen zum Klimaschutz ergreifen, mit Betroffenen modellhaft landwirtschaftliche Anpassungsmaßnahmen entwickeln und Einkommensalternativen aufbauen. So richten 50 Familien Modell-Parzellen ein und werden in angepassten Anbaumethoden geschult. Später geben diese Familien ihre Erfahrungen an andere weiter.

Für jede dieser Modell-Parzellen werden Investitionsmittel in Höhe von 360 Euro benötigt.

Bitte helfen Sie uns, dieses Projekt zu ermöglichen!

Stichwort »KLIMAPROGRAMM NICARAGUA«

⁶ Ebenda.

ZUR UN-KLIMAKONFERENZ „Trotz wiederholter Enttäuschung sind wir optimistisch“

Victor Campos vertritt das Centro Humboldt seit Jahren bei den UN-Klimakonferenzen.

*Im November trafen sich Politik und Klimaexpert*innen aus aller Welt wieder zur UN-Klimakonferenz (COP), diesmal in Bonn. Die CIR Partnerorganisation Centro Humboldt ist seit 2008 jedes Jahr als Beobachterin dabei. Sie soll die Interessen der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Mittelamerika vertreten. Der Leiter des Centro Humboldt, Victor Campos, war selbst schon an fünf COPs beteiligt. Wir sprachen mit ihm schon vor der COP 23 in Bonn über seine Erwartungen und die besondere Rolle Nicaraguas. INTERVIEW UND ÜBERSETZUNG: ISABELL ULLRICH (CIR)*

Nicaragua hat das Pariser Klimaabkommen nicht unterzeichnet, weil es der Regierung nicht konsequent genug ist. Jetzt hat Donald Trump den Austritt der USA verkündet – und Nicaragua will nun doch beitreten. Welche Rolle spielt Nicaragua in den Klimaverhandlungen?

„Das stimmt, Nicaraguas Präsident Ortega hat vor kurzem angekündigt, das Pariser Abkommen zu unterzeichnen. Wir sind nicht sicher, ob dieser Schritt direkt mit der Entscheidung von Präsident Trump zusammenhängt, das Abkommen zu verlassen. Die Argumentation der beiden Präsidenten

ähneln sich, aber sie haben komplett verschiedene Lösungsansätze für die globale Klimakrise.

Trump, der „Klimawandel-Leugner“, sieht die fossile Brennstoffindustrie als einen Schlüsselfaktor für das Wachstum der US-Wirtschaft. Und aus seiner Perspektive ist es unfair, dass die Umsetzung des Abkommens zu einem großen Teil von den USA bezahlt werden soll.

Ortega argumentiert, dass die Ursache der globalen Klimakrise in den Industrieländern liegt, die in der Vergangenheit die größte Menge Treibhausgase ausgestoßen haben. So steht es auch im Grundsatz des Überein- ➤



Die Weltpolitik feierte 2014 das Pariser Klimaabkommen - Nicaragua ging es nicht weit genug.



Nicaragua produziert schon über die Hälfte seines Stroms aus erneuerbaren Quellen.

kommens: „Gemeinsame, aber differenzierte Verantwortung“. Weil die Industrie-Nationen vornehmlich für die Erderwärmung verantwortlich sind, sollten sie also auch in erster Linie für die Verringerung der Emissionen und deren Kosten zuständig sein, so Ortega.

Nicaragua wirft vor allem den Haupt-Verursachern des Klimawandels vor, ihre Schuld nicht einzugestehen. Wer ist das?

Den Daten des Weltklimarats (IPCC) zufolge haben sich von 1870 bis 2011 knapp 2.000 Gigatonnen CO₂ in der Atmosphäre gesammelt. Etwa 82 Prozent davon sind von den zwanzig Ländern produziert worden, die als „entwickelt“ gelten. Das andere Extrem sind wir 100 Länder, die am wenigstens ausgestoßen haben. Wir repräsentieren nur drei Prozent der gesamten Emissionen.

Die Regierung von Nicaragua stand bis vor kurzem dem Pariser Abkommen distanziert gegenüber, weil die globalen Klimaverhand-

lungen mögliche Lösungen verzögerten, über wissenschaftlichen Kriterien gestritten wurde und das Abkommen in Bezug auf Emissionen einen freiwilligen und nicht bindenden Charakter hatte.

Dieser Kritik stimmten wir damals zu. Nur mit der Entscheidung, der größten Einigung in der Geschichte der Klimagerechtigkeit fern zu bleiben, waren wir nicht einverstanden.

Die Verhandlungen der nicaraguanischen Regierung waren bemerkenswert, vor allem bezüglich des Green Climate Fund, dem Umgang mit Schäden und Verlusten und natürlich, weil sie den Konsens in Paris nicht unterstützt haben. Nicaragua stellte den Kontrapunkt dar, mit Positionen, die Sympathie in der G-77 plus China genießen, obwohl sich das nicht immer ganz oder teilweise in den Vereinbarungen widerspiegelt.

Außerdem gewinnt Nicaragua schon viel Strom aus erneuerbaren Energien. Sollten nicht eher die Verursacher-Länder solche hohen Ziele haben?

Nicaragua hat in den letzten acht Jahren die erneuerbaren Energiequellen in der Stromerzeugung von 12 auf 53 Prozent gesteigert. Das war ein wichtiger, aber unzureichender Fortschritt. Die Tatsache, dass die Emissionen des Landes minimal sind, sollte keine Entschuldigung sein, sie nicht noch weiter zu reduzieren.

Das Centro Humboldt hat überall im Land Menschen, die Wetterdaten erheben und Klimaveränderungen messen. Was sagen uns die Ergebnisse?

Unsere Organisation ist Mitglied in einem Netzwerk aus mindestens zweihundert Kleinproduzent*innen in Nicaragua und weiteren Beobachter*innen in Honduras, El Salvador und Guatemala. Seit einigen Jahren haben sie die Aufgabe, die wichtigsten klimatischen Variablen zu messen. So können wir das Ver-

halten klimatischer Variabilität besser verstehen und spezifische Anpassungsmaßnahmen identifizieren, die zu ihrem Überleben beitragen. Diese Methode haben wir in einigen Fällen als „Vorbild“ innerhalb der UN-Klimarahmenkonvention präsentiert.

Die Klimadaten der Kleinproduzent*innen und die Analyse des regionalen Klimas bestätigen, wie stark der Klimawandel Mittelamerika trifft. Die Schäden, die etwa durch Wirbelstürme und Dürren in den letzten zwei Jahrzehnten verursacht wurden, identifizieren Mittelamerika als eine der anfälligsten Regionen des Planeten.

Aus Ihrer Erfahrung: Wie zielführend sind die Klimaverhandlungen bei der COP?

Die multilateralen Klimaverhandlungen sind zu langsam. Und die Verhandlungsmethoden müssen überarbeitet und flexiblere Entscheidungsmechanismen etabliert werden. Dass eine Lösung seit dem Desaster von Kopenhagen vor fast einem Jahrzehnt immer wieder verschoben wird, sagt genug über ihre Effizienz.

Was erwarten Sie von der COP 23 in Bonn?

Trotz wiederholter Enttäuschungen über das langsame Tempo und ungenügenden Ehrgeiz bei den Verhandlungen, sind wir optimistisch und wir erhoffen uns von der COP 23 vor allem Folgendes:

- Deutliche Fortschritte bei der Festlegung des globalen Anpassungsziels¹. Das ist unsere regionale Priorität.
- Der „Warschauer Internationale Mechanismus für Verluste und Schäden“ sollte über den derzeitigen Entwurf hinaus mit klaren Zielen und einem Ausgleichsmechanismus genehmigt werden.
- Die Verordnung zur Durchführung des Pariser Abkommens soll mit den festgelegten Bedingungen genehmigt werden.

- Wir hoffen, dass der Entwurf für die Gestaltung eines „Dialog Facilitators“ ab 2018 angenommen wird. Dieser hätte dann den Auftrag, eine Bestandsaufnahme der aktuellen Nationalen Aktionspläne zu machen und deren Ambitionen zu überprüfen.
- Fortschritte bei der Definition der „Modalitäten“ der Klimafinanzierung in Übereinstimmung mit dem Pariser Abkommen. Und wir sind zuversichtlich, dass im Umfeld des COP Mitteln zum Green Climate Fund bewilligt werden. ■ “

Eine Stimme für (Klima-)Gerechtigkeit



Auf den UN-Klimakonferenzen (wie zuletzt in Bonn) dominieren die Expert*innen aus dem globalen Norden. Die Länder des Sü-

dens sind häufig nur über ihre Regierungen vertreten. Die Stimmen der Betroffenen aus den Ländern, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, die Auswirkungen aber schon am deutlichsten spüren, bleiben oft sehr schwach. Dabei ist gerade dort sehr viel Expertise vorhanden – wie beim Centro Humboldt in Nicaragua. Die CIR möchte diese Stimme stärken und stellt die finanziellen Mittel zur Verfügung, damit das Centro Humboldt in den nächsten drei Jahren an den relevanten Klima-Konferenzen und Gremien teilnehmen kann – auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene.

Wir bitten Sie um Ihre Unterstützung für mehr Klima-Gerechtigkeit.

Stichwort
»CENTRO HUMBOLDT«

¹ Anm. d. Red.: D.h. nötige Anpassungen an den Klimawandel sollen von der Staatengemeinschaft getragen werden, nicht nur von den betroffenen Ländern.

In der Trockenzeit werden die Auswirkungen, die der Klimawandel jetzt schon auf Mittelamerika hat, besonders deutlich.



Der Klimawandel ist schon da

Drei kluge Anpassungs-Strategien aus Mittelamerika

NICARAGUA:

Bildung als Ausweg?

TEXT: THORSTEN MOLL (CIR)

In den einst landwirtschaftlich geprägten Bezirken La Trinidad und Cujachillo in Nicaragua lässt sich eine regelrechte Bildungsexpansion beobachten. Ein Grund dafür: die immer schwierigeren Bedingungen in der Landwirtschaft.

Die beiden Bezirke liegen nicht weit entfernt von der Hauptstadt Managua. Trotzdem, so der Gemeindeführer von La Trinidad, „scheint es, als wären wir 4.000 Kilometer von der Stadt entfernt, so wie man in den Comarcas lebt“.

Lange war das Leben durch landwirtschaftliche Arbeit bestimmt, durch den Anbau der dortigen Grundnahrungsmittel: rote Bohnen und Mais. Nach und nach ändert sich das: Während zwei Drittel der über 50-Jährigen ihr Geld hauptsächlich in der Landwirtschaft verdienen, trifft dies bei den unter 30-Jährigen nur noch auf ein Drittel zu.

Das Land wird durch die Konkurrenz größerer Erdnussplantagen immer knapper und die Böden immer schlechter — das sind zwei der Faktoren, die die Existenz der Menschen bedrohen. „Glauben Sie mir, dass ein Manzana (0,7 Hektar) rote Bohnen 25, 30 Zentner gab? Heutzutage gibt es das nicht mehr. Heute bringt ein Manzana 14 Zentner“, bringt José David eines der Probleme vieler Menschen auf den Punkt. Landwirtschaft, so scheint es, eignet sich immer weniger als Haupteinnahmequelle, auch wenn die meisten sie noch nebenbei betreiben.

Deswegen suchen die Menschen häufig ein Einkommen außerhalb der Landwirtschaft, das allerdings nicht leicht zu finden ist. Da hilft es, wenn der Umgang mit dem Computer vertraut ist oder Englischkenntnisse vorhanden sind. Deswegen investieren die Bewohner*innen von La Trinidad und Cujachillo, wie Lizeth, verstärkt in die Bildung ihrer Kinder: „Ja, das ist der Plan, dass sie in der Hauptstadt Managua arbeiten, nicht hier in der Landwirtschaft. Wenn ich denken würde, dass sie hier arbeiteten, würde ich sie nicht zur Schule schicken.“

GUATEMALA:

Wetterfester Kaffee

TEXT: ALBRECHT SCHWARZKOPF (CIR)

Miguel Angel Velasquez ist Kaffeebauer in Santa Rosa, einer Region, die zum Corredor Seco (Trockenzone) gehört. Er exportiert seinen Kaffee über eine Genossenschaft, die an Fairtrade liefert. Doch der Kaffeeanbau in Santa Rosa sieht sich durch die Erderwärmung stärkeren Wetterschwankungen ausgesetzt.

„Wenn wir uns nicht gegen den Klimawandel wappnen, werden die jungen Leute abwandern, da sie hier keine ausreichende Zukunft für sich entdecken“, sagt Miguel Angel.

Er gehört zu jenen, die sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten an die schwierigen Wetterbedingungen anzupassen versuchen. Arabica-Kaffee benötigt Schattenbäume. „Es müssen aber die richtigen sein, was das Schattendach, die Bodenpflege und den Wasserhaushalt angeht. Sie müssen im richtigen Abstand stehen, um 20 bis 40 Prozent Schatten für die Kaffeepflanzen zu spenden.“

Von den Bäumen fallen Blätter herunter,

was für die Fruchtbarkeit des Bodens und gegen Erosion nützlich ist. Je weniger Stress die Kaffeepflanze hier hat, desto besser kann sie sich gegen andere Gefahren, wie beispielsweise die Pilzkrankheit Kaffeerost, wehren. Außerdem müssen die Kaffeebauern und -bäuerinnen in Santa Rosa darauf achten, dass die neuen Pflanzen tiefe Wurzeln schlagen können. So sind sie auch gegenüber Trockenheit gestärkt.

Wenn es dann nach einer längeren Trockenperiode wieder regnet, kann der ausgehärtete Boden das Regenwasser aber oft nicht gut aufnehmen und es fließt den Hang hinunter.

Das Anlegen von Terrassen und das Ausheben von Bodenlöchern in der Kaffeepflanzung helfen, das Wasser aufzuhalten.

Miguel Angel mahnt: „Wir können immer noch etwas dazulernen. Nicht alle Kaffeebauern und -bäuerinnen haben die Möglichkeit, einfach umzustellen, weil sie keine Trainings haben und auch weil die Anpassungen am Anfang Kosten verursachen. Bisher können wir uns mit diesen Methoden an den Klimawandel anpassen. Was uns Sorgen macht, ist, dass der Klimawandel stärker ausfallen wird. Dann wird er zu einer richtigen Bedrohung für unsere Existenz.“



Die Kaffeesträucher brauchen genau die richtige Menge Licht und Schatten.





Diese Familie musste vor den Naturgewalten fliehen und umsiedeln.

EL SALVADOR:

Bauern und Bäuerinnen rüsten um

TEXT: THORSTEN MOLL (CIR)

Landarbeiter*innen sind in El Salvador besonders stark von den Folgen des Klimawandels betroffen und gleichzeitig besonders verwundbar. Viele der Landarbeiter*innen leben von weniger als 1,90 Dollar pro Kopf und damit - nach Definition der Weltbank - in extremer Armut. Unsere Partnerorganisation ANTA (Vereinigung der Landarbeiter*innen El Salvadors) schult sie in agrarökologischen Anbaumethoden, die weniger anfällig sind für Dürren und Extremwetterlagen und die Umwelt selbst nicht so sehr belasten wie die konventionelle Landwirtschaft.

Die Agrarökologie gründet vor allem auf traditionellem, lokalem Wissen und stützt sich ausschließlich auf die vor Ort verfügbaren Ressourcen. Dafür verzichtet sie auf die typischen Methoden der industriellen Landwirtschaft: An die Stelle von Monokulturen, Kunstdüngern und chemische Pestiziden treten Artenvielfalt, lokale Sorten, Bio-Dünger und natürliche Schädlingsbekämpfer. Diese Art der Bewirtschaftung verbraucht außer-

dem weniger Energie und Ressourcen als konventionelle Methoden.

Und das Produktionssystem ist widerstandsfähiger: Es dient auch der Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels, indem gesunde Böden geschaffen werden, die auch während einer Dürre Wasser speichern können. Weil viele verschiedene Sorten angebaut werden, ist das Risiko eines kompletten Ernteausfalls geringer.

Natürlich kann eine Person damit nicht so viel produzieren wie in der industriellen Landwirtschaft. Aber in Regionen mit wenigen Beschäftigungsmöglichkeiten ist der höhere Bedarf an Arbeitskräften sogar positiv. Letztlich sind die Landarbeiter*innen damit auch unabhängiger, was die Versorgung mit Nahrungsmitteln angeht.

Die Methode könnte weltweit als Beispiel dienen: Laut Weltagrarbericht könnte die agrarökologische Landwirtschaft, global angewandt, die Weltbevölkerung ernähren. ■

Gute Ideen und politische Power für die Verletzlichen

Wegen fehlender finanzieller Mittel siedeln Kleinbauern und -bäuerinnen in El Salvador oft in unsicheren, viel zu steilen Hanglagen oder in Flusstälern. Beides kann bei den häufiger werdenden, starken Regenfällen lebensgefährlich sein. Außerdem führt es regelmäßig zu Ernteverlusten. Um die Situation der Campesinos/as zu verbessern, benötigen sie Land, günstige Kredite, Beratung und faire Vermarktungsstrukturen. ANTA, die Vereinigung der Landarbeiter*innen El Salvadors, macht Hoffnung mit alternativen Anbaumethoden und – mindestens genauso wichtig – sie gibt diesen Forderungen eine Stimme: gegenüber der Politik und skrupellosen Agrarunternehmen.

Die CIR unterstützt ANTA seit vielen Jahren dabei.
Hierfür bitten wir um Ihre Spende.

Stichwort »ANTA«



Lorena steht vor ihrem neuen Holzofen, ein Foto wird geschossen. Der Ofen ist effizienter, sagt die Firma, nur halb so viel Holz müsse verbrannt werden für ihre täglichen Tortillas und Frijoles. Was nicht erwähnt wird: Dadurch, dass Lorena in Honduras einen neuen Ofen bekommt, kann jemand anderes mit gutem Gewissen vermeintlich klimaneutral weiterfliegen. Die „Kompensation“ von Emissionen ist ein Instrument, das sich zunehmend in der Klimapolitik durchsetzt und – wie dieser Artikel zeigen wird – weder gerecht ist, noch hilft, die Klimakrise zu bewältigen. TEXT: MAGDALENA HEUWIESER

TAUSCHE HOLZOFEN GEGEN FLUGZEUG

>



Genau jetzt, in diesem Moment, befinden sich mindestens eine halbe Million Menschen in der Luft. In den letzten gut 25 Jahren entwickelte sich das Flugzeug vom exklusiven zum Massentransportmittel. Billigflieger ermöglichen eine erschwingliche Entdeckung der Welt und verhelfen Wochenend-AusFLÜGEN zu einem anhaltenden Boom. Das Problem: Das Flugzeug ist das bei weitem klimaschädlichste Transportmittel – im Schnitt 18-mal schädlicher als die Bahn.

Laut Flugindustrie gibt es einen Ausweg aus der Situation, ohne Flugverkehr einschränken zu müssen. Klickt die Kundin beim Buchen eines Fluges auf das Kästchen „klimaneutral“ und zahlt ein paar Euro mehr, so kauft die Airline eine Emissionsgutschrift von einem vorgeblich klimafreundlichen Projekt, meist im Globalen Süden. Klimafreundliche Köcher sind in den letzten Jahren besonders beliebt. Bei anderen Projekten soll Abwärme von Industrieanlagen, Wasserkraft oder Methan aus der industriellen Viehhaltung die fossilen Brennstoffe ersetzen. Auch Waldschutzprojekte oder Betreiber von Baumplantagen können die angeblich vorgenommenen Emissionseinsparungen als Gutschriften verkaufen.

Nicht nur in der Flugbranche verbreitet

sich das sogenannte Offsetting. Inzwischen können wir auch CO₂-neutral Auto fahren, drucken oder bei dem österreichischen Aldi-Bruder Hofer einkaufen. Hierbei handelt es sich jeweils um freiwillige Kompensation von Kund*innen oder Firmen. Kompensation wird jedoch auch in der internationalen Klimapolitik als zentraler Mechanismus verwendet. Mithilfe des Offset-Programms Clean Development Mechanism (CDM) konnten sich Industrieländer sogar freikaufen, wenn sie die vereinbarten Einsparungsziele des Kyoto-Protokolls nicht erfüllten. Auch wenn ihre Emissionen stiegen statt sanken, stand auf dem Papier am Ende: Ziel erreicht! Die Kompensation wurde zu billigsten Preisen in den Globalen Süden ausgelagert.

Moderner Ablasshandel

Nicht umsonst wird der Emissionshandel mit dem Ablasshandel der katholischen Kirche verglichen. Verhindert hat der die Sünden freilich nicht. Ebenso ist ein Flug natürlich immer klimaschädigend und so manch Reisende*r mag sich aufgrund des lockenden Angebots durchaus gegen die Bahn oder den Verzicht auf einen „Ausflug“ entscheiden. Vor allem nährt das Angebot von „klimaneutralen“ Flügen seit Jahren die Illusion, „grünes“ Fliegen sei möglich. Individuelle Kompensationsangebote werden zum Wegbereiter für Programme wie das Klimapaket der Flugindustrie, CORSIA, das einen ganzen Industriezweig aus der Verantwortung für ihre Treibhausgasemissionen entlässt.

Internationale Flugemissionen steigen bis 2050 voraussichtlich um das 4- bis 8-fache. Die UN-Sonderorganisation für Luftfahrt ICAO war dazu angehalten, eine Strategie zur Reduzierung ihrer Emissionen zu entwerfen. Seit Oktober 2016 steht das Resultat: Die Industrie hat ihre Präferenz mit dem Argument durchsetzen können, „dass ein simples CO₂-Kompensationsschema am schnellsten

DAS REISE-DILEMMA

Auch wir bei der CIR müssen reisen, teilweise mit dem Flugzeug, um uns mit unseren Bündnis- oder Mittelamerika-partner*innen zu treffen.

Zumindest innerhalb Europas lässt sich ein Flug manchmal vermeiden, wie unsere Kollegin Eva Heineke im Herbst 2016 bewies: Sie machte sich nach einem Treffen in Rumänien mit dem Bus auf den Rückweg – 40 Stunden Fahrt statt 2 Stunden Flug und das paradoxer Weise auch noch zu einem höheren Ticketpreis.

umsetzbar, am einfachsten zu verwalten und am kosteneffizientesten wäre.“ Statt also die Emissionen der Luftfahrt selbst zu verringern – durch eine Kontingentierung der Luftfahrt, die Abschaffung der immensen Subventionierung und die Einführung einer Kerosinsteuer – wird das Problem auf den Globalen Süden ausgelagert.

Die Folge: Grüner Kolonialismus

„Wir betrachten dies als beschämende Initiative, um den Ländern von Europa und Nordamerika ihr Recht zu gewährleisten, denselben Rhythmus des Konsums und der Verschmutzung beizubehalten“, so Pedro Landa von der CIR-Partnerorganisation ERIC. Er koordiniert die Nationale Koalition der Umweltverbände in Honduras.

Insbesondere Indigenen-Organisationen zeigen auf, dass es sich bei Kompensationsprojekten um „CO2lonialismo“ oder „grünen Kolonialismus“ handelt. Menschen, deren Emissionen in der Regel sehr niedrig sind, deren historischer Beitrag zum Klimawandel vernachlässigbar ist und die die Folgen der Klimakrise bereits heute spüren, sollen Emissionen reduzieren – häufig bei der Deckung ihrer Grundbedürfnisse, wie dem Kochen von Tortillas. Und das, damit ein kleiner Teil der Weltbevölkerung weiterhin immer öfter mit gutem Gewissen fliegen kann.

Kompensationsprojekte wie Baumplantagen, Wasserkraftwerke oder restriktive Naturschutzgebiete beanspruchen viel Land, zerstören oft Lebensräume und verdrängen einheimische Bewohner*innen. Das in Honduras bekannte Wasserkraftwerk Agua Zarca ist ein Beispiel dafür. Auf der Website präsentierte sich die Betreiberfirma DESA als Helferin der lokalen Bevölkerung, die mit dem „grünen“ Projekt 135.000 Barrel Öl und 75.000 Tonnen CO2 einsparen wollte. Zum Verkauf dieser Einsparungen in Form von Emissionsgutschriften kam es nie, aufgrund



Berta Cáceres wurde ermordet, weil sie sich gegen den Landraub durch ein Staudammprojekt wehrte.

des massiven lokalen Widerstands und dem internationalen Druck, der auf die Ermordung der bekannten indigenen Staudammgegnerin Berta Cáceres hin entstand. In Honduras sind derzeit Hunderte von Wasserkraftwerken geplant, aber für den Widerstand gegen scheinbar grüne Projekte bekommen lokale Betroffene meist deutlich schwerer Legitimität und Unterstützung.

Wie grün sind Kompensationsprojekte?

Vom Landraub einmal abgesehen: So grün sind die Projekte häufig nicht. Staudämme oder Baumplantagen haben bekanntermaßen negative Folgen für die Ökosysteme. Zudem werden die allermeisten Staudämme im Globalen Süden derzeit gebaut, weil der Energiebedarf wächst und Wasserkraft billiger ist als fossile Energie. Kaum jemals wird im Ausgleich ein fossiles Kraftwerk abgeschaltet.

Eine Studie des Öko-Instituts für die Europäische Kommission untersuchte bestehende Projekte des UN-Offset-Programms CDM auf ihre Wirksamkeit. Nur bei zwei Prozent der Projekte sehen die Autor*innen eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass diese zusätzliche Emissionen reduzieren. Küchenofen-Projekte wie das von Lorena sind übrigens besonders anfällig dafür, die Einsparungen zu optimistisch zu berechnen. ■

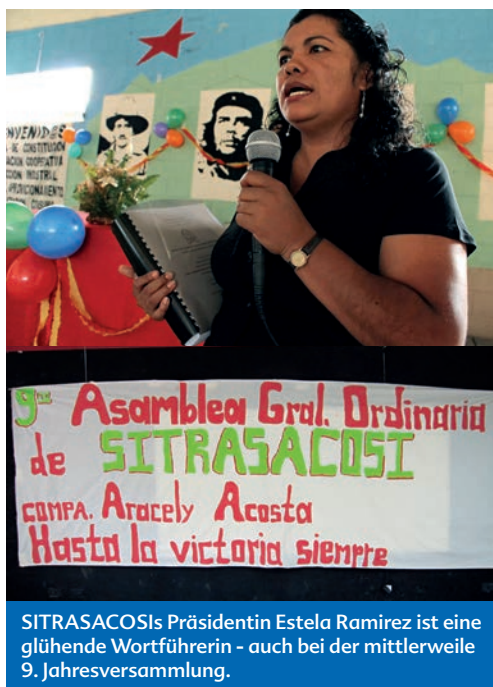
Magdalena Heuwieser arbeitet bei der österreichischen NGO Finance & Trade Watch, ist Mitbegründerin der Honduras-Delegation und engagiert sich in der Bewegung für Klimagerechtigkeit. 2015 veröffentlichte sie im Wiener Promedia-Verlag das Buch „Grüner Kolonialismus in Honduras. Land Grabbing im Namen des Klimas und die Verteidigung der Commons.“

El Salvador

Stark durch Solidarität

Sie haben sich schon immer gewehrt. Seit 2005, als sie im Adidas-Zulieferbetrieb Hermosa eine Betriebsgewerkschaft gründeten. Deswegen wurden sie entlassen, standen im Regen vor der Fabrik, um für ihre Abfindungen zu kämpfen. Seitdem unterstützt die CIR die Gewerkschafter*innen – bei gemeinsamen Kampagnen gegen große Konzerne und immer wieder auch finanziell. Mittlerweile haben sie SITRASACOSI als Dach gegründet, unter dem sich die Gewerkschaften von mehreren Fabriken organisieren.

Seit Januar fördert die CIR SITRASACOSI institutionell mit 10.000 Euro für das Jahr 2017. Damit kann es sich die Gewerkschaft zum ersten Mal leisten, zwei sehr aktiven Frauen jeweils eine halbe Stelle zu bezahlen. Bisher konnten sie sich teilweise nicht einmal die Busfahrt zu wichtigen Treffen leisten. Alle arbeiteten ehrenamtlich. Die gestärkte Struktur zeigt Wirkung: Als die Fabrik Texops, die auch Adidas-Produkte herstellt, viele Gewerkschafter*innen rechtswidrig entließ, machte SITRASACOSI den Fall internatio-



SITRASACOSIs Präsidentin Estela Ramirez ist eine glühende Wortführerin - auch bei der mittlerweile 9. Jahresversammlung.

nal bekannt: Es gab Protestbriefe an Adidas, Kundgebungen vor der Fabrik, Gespräche mit dem Management. Im August musste die Unternehmensführung einlenken und die Arbeiter*innen wieder einstellen.

Diese Förderung wollen wir auch 2018 fortsetzen. Hierfür bitten wir um Ihre Spende.

Stichwort »SITRASACOSI«

Grundsätze unserer Projektarbeit

Mit Ihrer Spende kann die Christliche Initiative Romero e.V. Projektpartner*innen unterstützen, die sich einsetzen für

- die Selbstbestimmung von Frauen
- die Achtung und Anerkennung arbeitender Kinder
- menschenwürdige Arbeitsbedingungen
- die Ökologie
- die politische Stärkung der Zivilgesellschaft
- die Achtung und Selbstbestimmung indigener Bevölkerung

Guatemala

Ausbildung für junge Maya-Frauen und Hebammen

„Die medizinische Betreuung von Maya-Frauen ist unzureichend“, stellt Berta Cumez fest. Sie leitet die Maya-Frauenorganisation ADEMI in Tecpán. Die CIR unterstützt Ademi in dem Programm zur reproduktiven Gesundheit jugendlicher Maya-Frauen sowie zur Ausbildung von Hebammen.

420 junge Maya-Frauen nehmen an den Kursen teil. Wichtige Begleiterinnen in den Gemeinden sind die Maya-Hebammen, denn das öffentliche Gesundheitssystem – Krankenhäuser und niedergelassene Ärzte – ist in den Maya-Gemeinden nicht präsent. So sind die Hebammen häufig die einzige Unterstützung für Mütter während und nach der Schwangerschaft. Deshalb werden auch 23 Hebammen fortgebildet. ADEMI arbeitet daran, so die Müttersterblichkeit in den vernachlässigten Gemeinden zu senken.

Außerdem sei es wichtig, so Berta Cumez, Selbsthilfegruppen in den Gemeinden zu organisieren, da viele auch junge Maya-Frauen nicht oder kaum lesen können: „Dadurch verbessert sich die Situation eindeutig.“

Bitte unterstützen Sie ADEMI dabei, junge Frauen und Hebammen auszubilden.

Stichwort »ADEMI«

Honduras

EMIH macht Gewerkschaften fit für Kontrollen

Seit 1997 arbeitet es für bessere Arbeitsbedingungen in der Produktion von Konsumgütern für den Export: Das Equipo de Monitoreo Independiente de Honduras (Unabhängiges Monitoring-Team von Honduras), EMIH. Damit Arbeiter*innen selbst ihre Rechte schützen können, werden sie geschult und vor allem ermutigt, nicht schnell klein bei zu geben. Ein mehrtägiges Training über Gesundheit, Hygiene und Sicherheit am Arbeitsplatz



Guten Muts präsentierte sich das Monitoring-Team beim Besuch unserer Referentin Kirsten Clodius (nicht im Bild).

bereitet Gewerkschaftsmitglieder vor, die Zustände in den Fabriken effektiv zu kontrollieren. Die Teilnahme an dieser mehrtägigen Weiterbildung kostet pro Person 200 Euro.

Helfen Sie EMIH bei der Förderung von Gewerkschaften!

Stichwort »EMIH«

FOTO: KIRSTEN CLODIUS (CIR)

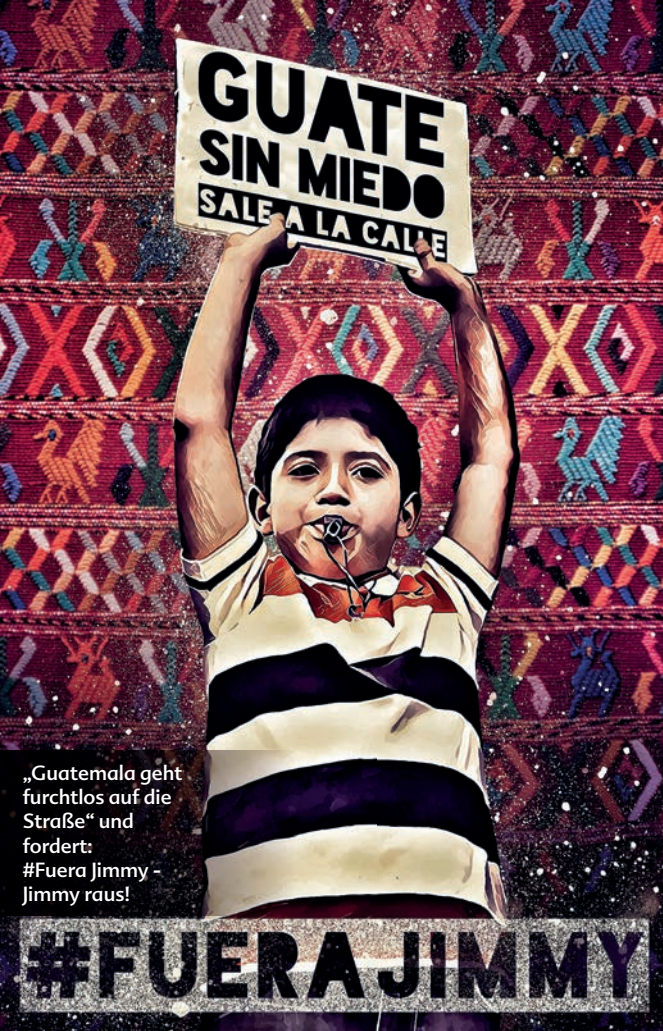
Unsere Projekte stehen für Wege zu mehr Gerechtigkeit, zukunftsfähiger Entwicklung und kultureller Vielfalt und Toleranz. Wenn nötig, leistet die CIR in Mittelamerika auch Notfall- und Katastrophenhilfe. Für Planung, Durchführung und korrekten Einsatz der Gelder sind wir gemeinsam mit unseren Projektpartner*innen verantwortlich. Um ihnen langfristige Perspektiven geben zu können, sind wir auf Ihre Spenden ebenso angewiesen, wie auf Zuwendungen der Europäischen Union, des Weltgebetstags der Frauen, der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen (SUE), des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und des Katholischen Fonds, sowie auf Spenden aus Kirchen- und Pfarrgemeinden, Schulen und Eine-Welt-Läden.

IHRE
SPENDE
HILFT

SPENDENKONTO

Bitte unterstützen Sie unsere Projektpartner*innen mit einer Spende.

Darlehnskasse Münster
IBAN: DE67 4006 0265
0003 1122 00
BIC: GENODEM1DKM



„Guatemala geht furchtlos auf die Straße“ und fordert: #Fuera Jimmy - Jimmy raus!

Guatemala

Wer ist hier unerwünscht?

Präsident Jimmy Morales streitet gegen Korruptionsermittler Iván Velásquez

Welch ein Paukenschlag! Am Sonntag, den 27. August erklärte der guatemaltekische Präsident Jimmy Morales den Vorsitzenden der UN-geleiteten Kommission gegen Straflosigkeit (CICIG) Iván Velásquez zur „Persona non grata“ (unerwünscht). Er habe das Land sofort zu verlassen. Lesen Sie, wie es dazu kam und ob der Korruptionsermittler wirklich gehen musste.

TEXT: ALBRECHT SCHWARZKOPF (CIR)

Die CICIG-Kommission hat ihr Mandat von den Vereinten Nationen (UN) und der guatemaltekischen Regierungen selbst. Sie hat – bisher einmalig für eine Einrichtung dieser Art – das Recht, als Nebenklägerin aufzutreten. Ihr Vorsitzender Iván Velásquez war zuvor hoher Richter in seiner Heimat Kolumbien und hatte durch das Verfahren gegen Pablo Escobar, dem berüchtigten Drogenboss, hohes Ansehen erlangt. Dass die CICIG nun zusammen mit der Staatsanwaltschaft Anzeige gegen seine FCN-Partei erhoben hat – wegen illegaler Parteienfinanzierung, hat den Staatspräsidenten offenbar auf die Palme gebracht. Zusätzlich stehen zwei weitere Anzeigen gegen den Bruder und den Sohn des

Präsidenten im Raum, auch diese von Staatsanwaltschaft und CICIG gestellt.

Dieses war der erste Streich...

Zwei Tage vor seiner Ankündigung war Jimmy Morales nach New York geflogen, um UN-Generalsekretär António Guterres dazu zu bewegen, Iván Velásquez zurückzuberufen. Guterres hat aber an der Arbeit von Velásquez nichts auszusetzen und dem Anliegen eindeutig nicht entsprochen. Bereits vor der New York-Reise war durchgesickert, dass Morales Schritte gegen Velásquez und dessen konsequentes Eintreten für den Rechtsstaat einleiten wollte. So erklärte die Generalstaatsanwältin direkt, sie werde zurücktreten, sollte

der Präsident Velásquez tatsächlich ausweisen.

...und der zweite folgt sogleich

Auf die „non grata“ Ankündigung von Jimmy Morales überschlugen sich die Ereignisse. Der Außenminister, offensichtlich uneins mit dem Vorgehen des Präsidenten, wurde entlassen. Die Gesundheitsministerin und weitere Kabinettsmitglieder traten zurück. Aufgrund einer einstweiligen Verfügung des Ombudsmanns setzte das Verfassungsgericht die präsidentielle Verfügung über Velásquez zunächst vorläufig und dann definitiv außer Kraft.

In der Hauptstadt und in den Provinzen gingen die Menschen auf die Straßen und riefen einem so Bilder von vor zwei Jahren ins Gedächtnis: 2015 hatte die Korruption der vorherigen Regierung unter Otto Pérez ein unerträgliches Maß erreicht. Massendemonstrationen hatten den Rücktritt von Pérez ausgelöst, der direkt per Haftbefehl ins Gefängnis wanderte. Kurz darauf fanden Neuwahlen statt, in welchen, getragen von der Hoffnung auf einen Neuanfang, der politisch wenig bekannte Satiriker Jimmy Morales zum Präsidenten gewählt wurde. Seine FCN-Partei war nicht etabliert, auch wenn Kenner*innen

Bittere Ironie des Schicksals: Gerade weil er versprochen hatte, die Korruption zu bekämpfen, hatte Jimmy Morales mit der FCN 2015 die Wählergunst für sich gewonnen.

bekannt war, dass diese Partei auch von ehemaligen Militärs getragen wird. Große Teile der Bevölkerung sehnen sich nach mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Und sie sind sich bewusst, dass Iván Velásquez zusammen mit der Staatsanwaltschaft einen großen Beitrag zur Inhaftierung von Otto Pérez geleistet hat.

Breites Bündnis des Widerstands

Nach der Erklärung Iván Velásquez' zur „Persona non grata“ wendete sich die CIR am 29. August an das deutsche Auswärtige Amt, damit es sich für dessen Verbleib einsetze. Zwar unterstützen die wichtigen Botschaften in Guatemala, so auch die deutsche die CICIG, aber ein Impuls von außen ist von Nutzen. Ferner veröffentlichte die CIR zusammen mit Brot für die Welt, Misereor und weiteren deutschen Organisationen eine Erklärung gegen die Ausweisung von Iván Velásquez an Guatemalas Botschafter hier in Deutschland, Francisco Cali. Unsere Partnerorganisation der Landarbeiter*innen aus San Marcos, MTC, dankte uns für diese Erklärung: „Sie stärkt und ermutigt uns, mit ➤



Präsident Jimmy Morales (links) möchte den Korruptionsermittler Iván Velásquez aus dem Land werfen.



Bei Demos zeigen viele Guatemalte*innen, auf welcher Seite sie im Kampf gegen Korruption stehen.

unseren Anstrengungen für ein anderes Guatemala fortzufahren“, schrieb uns Juan José Monterroso vom MTC. Und ferner: „Wir befürchten, dass jene Militärs, die hinter Jimmy Morales stehen, die Situation ausnutzen, um Menschenrechtsverteidiger*innen zu kriminalisieren und ‚soziale Säuberungen‘ durchzuführen.“ Die Menschenrechtsorganisation CALDH bekräftigte: „Wir erkennen den großen Beitrag der CICIG für unser Land im Kampf gegen Straflosigkeit und für die Stärkung des Justizsystems an.“

Es bleibt spannend

Staatsanwaltschaft und CICIG halten weiter an der Anzeige gegen die FCN wegen illegaler Parteienfinanzierung während des Wahlkampfes fest.

Die FCN mobilisierte nun das Parlament, welches mit Mehrheit dafür stimmte, beim Wahlkampffinanzierungsgesetz Straffreiheit walten zu lassen. Das wiederum verschärfte die Proteste auf der Straße sowie in den Zeitungen. Unter fadenscheinigen Gründen hob das Parlament dann die getroffene Entscheidung wieder auf.

Oberflächlich betrachtet könnte man meinen, dass es sich um eine Posse zwischen zwei Personen handelt. Aber es ist eine umfängliche Auseinandersetzung in einer von großen Ungleichheiten geprägten Gesellschaft: Teile der alten Elite agieren gemeinsam mit dem neuen Drogen-Kapital für Straffreiheit, während die Zivilgesellschaft und Teile der Justiz einen starken Rechtsstaat fordern. Der Stern von Präsident Morales sinkt rapide. Von vielen wird eher er als „non grata“ angesehen. So in die Enge getrieben, stützt er sich immer mehr

auf ehemalige Militärs, Viehzüchter*innen und Zuckerbarone*innen und auch auf den ehemaligen Präsidenten Álvaro Arzú, die für Straffreiheit eintreten und sich dafür teils dem Mittel der Korruption bis hinein in das Justizsystems bedienen.

Der Korruptionsermittler bleibt

Der Verbleib von Iván Velásquez und der CICIG ist durch den richterlichen Beschluss zunächst gesichert. Die Zivilgesellschaft bleibt aber wachsam. Juan José Monterroso vom MTC schrieb uns: „Wir demonstrieren, um den Herrschenden zu sagen, dass wir Korruption und Straffreiheit nicht hinnehmen. Guatemala verdient eine bessere Zukunft.“ ■

Starke Frauen für eine bessere Zukunft

Die CIR unterstützt in der Region San Marcos das Movimiento de Trabajadores/as y Campesinos/as (Bewegung von Arbeiter*innen und Kleinbäuerinnen und -bauern), MTC. Die Organisation setzt sich für ein anderes Guatemala ein – eines, in dem ein gutes, würdevolles Leben für alle möglich ist. Dazu gehört auch, dass die Rolle der Frauen in ländlichen Mayagemeinden weiter gestärkt wird“, sagt Lucrecia Orozco vom MTC. Deshalb bilden sie in einem Frauen-Programm in 11 Gemeinden im Hochland und an der Küste 65 Multiplikatorinnen aus. Sie können den Frauen mehr Gehör in den Gemeinderäten verschaffen. Dort kämpfen sie auch auf lokaler Ebene gegen Korruption und Straffreiheit.

Wir bitten um Unterstützung für das Frauen-Programm des MTC.

Stichwort »FRAUEN DES MTC«

Die Menschen von Mina la India leben vom Kleinbergbau. Doch nun will ein transnationaler Konzern in ihrem Dorf graben.

Nicaragua

Mina la India in der Grube

Ein Dorf wehrt sich dagegen, in einer Tagebaumine zu verschwinden



Unser Referent für Rohstoffe, Christian Wimberger, besuchte im April dieses Jahres eine Gemeinde in Nicaragua, die Widerstand gegen ein geplantes Bergbauprojekt des britischen Unternehmens Condor Gold leistet. Seitdem haben sich die Ereignisse überschlagen: Auf die Unterdrückung und die Abschaffung von Umweltnormen durch die Regierung antwortet die Gemeinde zusammen mit der Umweltorganisation Centro Humboldt mit einer beeindruckenden Widerstandsstrategie.

TEXT: CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)



FOTOS: CHRISTIAN WIMBERGER (CIR); CENTRO HUMBOLDT

2011 erhielt das britische Bergbauunternehmen Condor Gold die Lizenz für den Abbau von Gold in dem Dorf Mina La India im Departament León. Seitdem hat sich das Leben dort stark verändert. Das Unternehmen will etwa 300 Familien umsiedeln, um den offenen Tagebau mitten im Dorf zu errichten. Das hat Nervosität und Angst hervorgerufen – aber auch eine aktive Widerstandsbewegung. Karen Laguna ist Schatzmeisterin der „Kommunalen Bewegung Santa Cruz de La India“. „Das Unternehmen hat bei Hausbesuchen den Bewohner*innen eine bevorstehende Umsiedlung angekündigt und begann ohne Zustimmung der Gemeinde mit den Erkundungsarbeiten“, sagt sie beim unserem ➤



JEDE STIMME ZÄHLT!

Unterzeichnen sie die Petition, um die Gemeinde
in ihrem Widerstand zu unterstützen:

actions.sumofus.org/a/ifc-mine-stoppen

Besuch. Tatsächlich kann aber die Regierung dem Unternehmen nur die Rechte am Unterboden erteilen. Damit Condor Gold den Tagebau graben kann, müssten alle betroffenen Einwohner*innen ihre Grundstücke an das Unternehmen verkaufen. Der Großteil der Gemeindemitglieder weigert sich aber, der Umsiedlung zuzustimmen.

Informeller Bergbau als Lebensgrundlage

Die Gemeinde lebt selbst ausschließlich vom Goldbergbau, allerdings von der handwerklichen Variante. Die Schürfferei ist ein Knochenjob: Die selbstgegrabenen Löcher sind teilweise über 15 Meter tief und nur provisorisch mit Ästen und Holzbalken befestigt. Helme oder Schutzbekleidung trägt kaum eine Schürfer*in. Ähnlich problematisch sind auch die Arbeitsbedingungen in den ca. 70 Mühlen, in denen das Golderz raffiniert wird. Dort kommen die Betreiber*innen ungeschützt mit Quecksilber in Kontakt. Mit der giftigen Chemikalie lösen sie das Gold aus dem Gestein. Die Schürfer*innen machen sich und Besucher*innen von außen nichts vor. Sie wissen, dass sie selbst die Umwelt mit der Chemikalie verschmutzen. Allerdings stellen sie klar, dass diese Auswirkungen nicht mit der Verwüstung vergleichbar sind, die das Bergbauprojekt hinterlassen würde. Erste Auswirkungen machen sich bereits jetzt bemerkbar, denn das Unternehmen hat bei einer Probe-

bohrung eine Wasserader durchbrochen und so die Wasserversorgung der Gemeinde beeinträchtigt. Mit dem Bergbauprojekt würden die Kleinschürfer nicht nur ihre Häuser, sondern auch den Zugang zu den Goldreserven verlieren, die ihnen die ohnehin prekäre Lebensgrundlage garantieren.

Staatliche Unterdrückung

Die lokale Widerstandsbewegung hat bereits zahlreiche Protestmärsche organisiert. Seit einigen Monaten blockiert die Gemeinde dem Unternehmen den Zugang zu einer Bohrmaschine, die es im Morgengrauen mitten im Dorf aufgebaut hatte. Doch das Unternehmen und die Regierung dulden den Widerstand nicht. Im Mai verklagte Condor Gold sieben Aktivisten wegen vermeintlicher Sachbeschädigung vor einem lokalen Gericht. Kurze Zeit später zog das Unternehmen die Klage zurück – wohl auch aufgrund der wachsenden internationalen Aufmerksamkeit, die der Fall auf sich gezogen hat.

Seitdem übt die Regierung anstelle des Unternehmens Druck auf die Widerstandsbewegung aus. Nach erneuten Protestmärschen Anfang August entsandte sie über hundert schwebewaffnete Sondereinsatzkräfte ins Dorf, die seitdem dort dauerhaft stationiert sind und die Gemeinde einschüchtern. „Das Unternehmen hat sich mit Hilfe der Sondereinsatzkräfte gewaltsam Zugang zum Dorf

verschafft, um die Erkundungsarbeiten fortzusetzen“, klagt Karen Laguna an.

Regierung schafft Umweltprüfung ab

Condor Gold versichert der Presse immer wieder, dass es die Konzession legal erworben und alle Normen eingehalten habe. Tatsächlich hat es eine über sechshundertseitige Studie zur Prüfung der Umweltverträglichkeit beim zuständigen Umweltministerium eingereicht. „Weder wir noch die Gemeinde kennen aber die Ergebnisse, weil sie das Umweltministerium nicht wie gesetzlich geregelt veröffentlicht hat“, sagt Heizel Torrez von der Umweltorganisation Centro Humboldt in Managua.

Anstatt Klarheit zu schaffen und die Achtung von Umweltnormen zu stärken, hat die Regierung unter dem Ex-Guerilla-Kommandanten Daniel Ortega gleich neue Fakten geschaffen, indem sie die Umweltverträglichkeitsprüfungen per Dekret komplett abgeschafft hat. Über 70 Organisationen haben daraufhin einen empörten Brief veröffentlicht. Sie fordern die Regierung auf, die Entscheidung zurückzunehmen. „Die Abschaffung der Umweltprüfungen lockt keine verantwortlichen Investitionen sondern ausbeuterische Unternehmen an, welche die wenigen übrigen natürlichen Ressourcen zerstören“, heißt es in dem Brief.

Protest über den Hebel der Weltbank

Unsere Partnerorganisation Centro Humboldt koordiniert währenddessen eine ganze Reihe von Protestaktionen, um das Bergbauprojekt in Mina La India zu verhindern. Sie will nun gemeinsam mit externen Wissenschaftler*innen selbst eine Umweltprüfung durchführen, mit der sie den Entzug der Bergbaulizenz einklagen will. Parallel dazu hat die CIR gemeinsam mit der Verbraucherplattform SumofUs eine Petition lanciert,

um die Entwicklungsbank IFC der Weltbankgruppe aufzufordern, die eigenen ethischen Normen ernst zu nehmen und ihre Mittel aus dem Projekt zurückzuziehen. Im Oktober schilderte Heizel Torrez auf einer Vortragstour durch Polen, Deutschland und Ungarn den Fall der europäischen Öffentlichkeit. Ihr ist es aber auch wichtig, dass nicaraguanische Gemeinden die Petition unterstützten, die selbst von Bergbauprojekten betroffen sind. Auf der Rundreise in Deutschland berichtet sie, dass sie auf einem Treffen über 30 Multiplikator*innen erklärt hatte, wie sie die Petition in ihren Gemeinden nutzen können. „Da sind wir gerade dran, auch wenn die Internetverbindung auf den Dörfern oft zu wünschen übrig lässt“, sagt sie. ■



Heizel Torres vom Centro Humboldt unterstützt die betroffenen Gemeinden.

Aufklären und Protest organisieren

Centro Humboldt beteiligt sich an einem mittelamerikanischen Programm zum Thema Bergbau, Umwelt und Menschenrechte. Die Organisation begleitet vom Bergbau betroffene Gemeinden wie Mina La India mit Forschungs- und Bildungsarbeit.

Unterstützen Sie die Umweltorganisation mit einer Spende.

Stichwort
»BERGBAU MITTELAMERIKA«



Honduras

Unterdrückte Studierendenbewegung

Gewalt eskaliert immer öfter

*Staatliche Sicherheitskräfte greifen in Honduras zu immer härteren Mitteln, um den Widerstand aus der Zivilgesellschaft zu brechen. Kurz vor den Präsidentschaftswahlen am 27. November 2017 sind Nicht-regierungs-Organisationen in Alarmbereitschaft, denn Angriffe gegen Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen häufen sich. Ein trauriges Beispiel für die aktuelle Entwicklung ist die massive Unterdrückung der Studierendenbewegung insbesondere an der nationalen Universität UNAH.*

TEXT: KIRSTEN CLODIUS (CIR)



Die autonome Universität steckt schon seit Jahren in einer Krise, weil sowohl Leitung als auch Verwaltung immer autoritärer vorgehen. Sie hatten die Mindestpunktzahl und die Gebühren für eine Universitätszulassung erhöht, was vielen, besonders finanziell schwächer Gestellten, den Zugang zu einem Studienplatz unmöglich machte. Dagegen formierte sich starker Widerstand.

Proteste wurden und werden gewaltsam aufgelöst und Besetzungen rücksichtslos geräumt. Gegen über 60 Studierende wurden Strafverfahren eingeleitet.

Ein Vater eines inhaftierten Studenten wurde erschossen, als er am Tag vor der Verhandlung mit einem Protestplakat vor dem Gerichtsgebäude demonstrierte, in dem seinem Sohn der Prozess gemacht werden sollte. Er hatte dort einem Kabelsender ein Interview gegeben. In einer Radiosendung erklärt Roxana Corrales Vázquez, Sprecherin der Studierendenbewegung MEU, dass die Leitung der Universität seit Jahren den Dialog mit den Studierenden ebenso ablehne, wie eine Studierendenvertretung im Universitätsrat und andere demokratische Instrumente. Sie sagt: „Die Geschehnisse an der UNAH spiegeln die Situation im Land wider.“ Es geht um Machterhalt und eigene Interessen.

Polizeigewalt auch gegen Journalistin

Nachdem nationale Sicherheitskräfte die Besetzung der Uni am 8. September brutal geräumt hatten, wurden acht Studierende, drei Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen und die Journalistin Tomy Morales für mehrere Stunden in einem Kleinbus der staatlichen Ombudsstelle für Menschenrechte festgehalten. Beim Aussteigen sprühten Polizisten jedem Einzelnen Reizgas direkt ins

Gesicht, wie unter anderem Radio Progreso berichtet. Die Journalistin und Weitere mussten für mehrere Tage ins Krankenhaus.

Tomy Morales hatte bereits 2016 aus Sicherheitsgründen für einige Zeit das Land verlassen, kehrte aber in ihre Heimat zurück. Morales ist 39 Jahre alt und studierte an der UNAH Journalismus. Sie arbeitet für unabhängige Medien und wird aufgrund ihrer Arbeit ständig überwacht und verfolgt. Am Morgen des Angriffs auf sie hatte Morales

einem Polizeioffizier während eines Interviews, das dieser gerade den *Mainstream-Medien* gab, Zwischenfragen nach der Rechtmäßigkeit des Polizeieinsatzes gegen die Studierenden gestellt. Das hatte diesen offensichtlich aus der Fassung gebracht. Derselbe Polizeioffizier ist auf Fotos zu sehen, als einer der Hauptbeteiligten des Reizgasangriffes am Nachmittag. Aber nicht er muss nun mit einem Gerichtsverfahren

rechnen, sondern die Journalistin – wegen „Angriffs auf die Sicherheit des Staates“. Andere Vorwürfe gegenüber den beteiligten Menschenrechtsverteidiger*innen wurden inzwischen teilweise fallen gelassen.

Gewaltfreie Lösung außer Sicht

Kurz nach den gewaltsamen Einsätzen von Polizei und Spezialkräften gegen Demonstrierende erklärte ein neuer Interimsdirektor der UNAH öffentlich, er werde auf die Studierenden zugehen und die verhärteten Fronten aufzuweichen versuchen. Der Erfolg bleibt nun abzuwarten, längst kam es nämlich erneut zu Kriminalisierung und Verhaftungen von Studierenden.

Die Regierung zeigt sich unfähig, die Krise gewaltfrei zu lösen, beziehungsweise hat sie keinen ausreichenden Willen für eine ➤



Die Studierenden-Bewegung MEU tritt für Demokratie und Mitbestimmung ein.

Schlichtung. Universitätsbildung ist in Honduras alles andere als zugänglich für alle. Regelmäßig beteiligen sich auch andere Organisationen der honduranischen Zivilgesellschaft an Protesten und Kundgebungen für freie Bildung und gegen die seit Jahren zunehmende Privatisierung des Hochschulsystems. Ein breites Bündnis – darunter auch Partner*innen der CIR – hat nach der anhaltenden Unterdrückung von Demonstrierenden eine Stellungnahme veröffentlicht. Darin verurteilen sie den Einsatz von Gewalt gegen die Zivilgesellschaft aufs Schärfste und bitten sogar das Internationale Rote Kreuz darum, zukünftig Verletzungen durch Angriffe, Folter und unmenschliche Behandlung von Menschenrechtsverteidiger*innen zu dokumentieren und anzuzeigen.

„Europa muss sich einmischen“

Reporter ohne Grenzen fordert eine deutliche Reaktion der internationalen Gemeinschaft, um weitere Angriffe auf Medienschaffende vor der Präsidentschaftswahl zu verhindern. „Geberländer und nicht zuletzt die Europäische Union müssen Druck auf die honduranische Regierung ausüben“, so Rubina Möhring, Präsidentin von Reporter ohne Grenzen Österreich. „Wenn dieses Vorgehen der Polizei nicht sofort und entschlossen geahndet wird, ist weiteren Attacken im Vorfeld der Wahlen Tür und Tor geöffnet.“

Seit dem Putsch 2009 ist die Pressefreiheit in Honduras stark eingeschränkt. Wenige einflussreiche Familien kontrollieren die großen Medien des Landes. Immer wieder greift aber auch die Regierung direkt in die Berichterstattung ein. Es kommt regelmäßig zur Verfolgung und zu Attentaten auf Journalist*innen. Besorgniserregend sind auch neue rechtliche Regelungen, die eine unabhängige und regierungskritische Berichterstattung unterdrücken. Sie stellen die

Berichterstattung über sozialen Protest unter Strafe, sobald dieser als „Terrorismus“ eingestuft wird. Im weltweiten Index für Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen belegt Honduras den 140. Platz von 180 Ländern. ■



Recht auf Bildung

Das Frauenrechtszentrum Centro de Derechos de Mujeres (CDM) leistet einen bedeutenden Beitrag auf dem steinigen Weg hin zu einer demokratischen Gesellschaft in Honduras. Sie klären auf, mischen sich ein, bilden Frauen zu Menschenrechtsverteidiger*innen aus und melden sich öffentlich zu Wort. So wie jetzt, als die Studierenden-Proteste immer öfter brutal niedergeschlagen wurden. Gemeinsam mit zwanzig anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen veröffentlichten sie eine Erklärung, in der sie die Polizeigewalt verurteilen und die vorherrschende Korruption im Staatsapparat anklagen. So gibt das CDM sozialen Bewegungen Aufwind, die mehr Mitbestimmung fordern, und macht sich stark gegen Ausgrenzung und Gewalt.

Politische Arbeit kostet Geld!
Unterstützen Sie CDM bei ihrem Einsatz
für mehr Demokratie in Honduras.

Stichwort »CDM«

Von diesen Hello Kitty-Figurchen bis hin zu Spielkonsolen: 80 Prozent unserer Spielwaren kommen aus China.

Infodienst
Spielzeug



(K)ein Spiel mit Menschenrechten

SPIELZEUG AUS FERNOST

*Spielwaren sind positiv besetzte Produkte. Wir verbinden damit Kinderlachen, Spaß und Freizeit. In der Weihnachtszeit steht Spielzeug auf vielen Wunschzetteln. Doch die Bedingungen bei der Herstellung lösen bei den Arbeiter*innen in Fernost keine Freude aus. Denn sie sind zumeist von Ausbeutung geprägt. Deshalb weitet die CIR in den kommenden Jahren ihren Einsatz für die Wahrung von Menschen- und Arbeitsrechten auch auf die Spielzeugindustrie aus, wie unser zuständiger Referent Maik Pflaum berichtet. TEXT UND INTERVIEW: JOANA EINK (CIR)*

Maik, was genau hat die CIR vor?

„In den letzten Jahren ist das öffentliche Interesse an einer menschenwürdigen Herstellung unserer Konsumgüter deutlich gestiegen. In der Bekleidungsproduktion konnten schon bedeutende Erfolge erzielt werden. Da gibt es inzwischen zahlreiche engagierte Vorreiter-Unternehmen. In der Spielzeug-Branche ist das noch anders. Es gibt hier keine unabhängige, glaubwürdige Initiative, die Arbeitsstandards setzt

und transparent kontrolliert. Ein bestehender branchen-interner Prozess wird selbst von vielen Spielzeughersteller*innen als wirkungslos eingeschätzt und verliert immer mehr an Boden. Daher wollen wir gemeinsam mit Partner*innen aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft nachhaltige Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Arbeiter*innen in Spielzeugfabriken anstoßen. Parallel dazu werden wir die Öffentlichkeit über bestehende Missstände und Lösungsansätze informieren.





In dieser chinesischen Fabrik wird Spielzeug für Mattel hergestellt.



Die Unterkünfte der Arbeiter*innen sind oft überfüllt und in schlechtem Zustand.

Die Zustände in den Spielzeugfabriken sind also vergleichbar mit denen in der weltweiten Bekleidungs-Produktion?

Ja, das ist richtig. Ein Lohn, der nicht zum Leben reicht, Unfallgefahren durch mangelhaften Arbeitsschutz sowie Auftraggeber*innen, die sich aus der Verantwortung stellen – all diese Probleme kommen in beiden Branchen ständig vor. Unsere langjährige Expertise im Bereich der nachhaltigen Kleidung wollen wir daher wirkungsvoll einsetzen.

Besonders prekär in der Spielwaren-Herstellung sind extrem lange Arbeitszeiten von bis zu 14 Stunden täglich, insbesondere in der Produktion für das Weihnachtsgeschäft. In dieser Zeit ist der Druck, der auf den Arbeiter*innen lastet, besonders hoch. Denn im November und Dezember fährt die deutsche Spielwarenindustrie knapp 30 Prozent ihres Jahresumsatzes ein. Ein weiterer Aspekt ist der Einsatz von Chemikalien und Giftstoffen. Der schadet ja nicht nur der Umwelt, sondern auch der Gesundheit von Arbeiter*innen und Konsument*innen!

Während die Produktion von Bekleidung etwas globaler aufgestellt ist, konzentriert sich die Spielwaren-Herstellung vornehmlich auf Fernost. China ist der weltweit größte Exporteur. Schätzungsweise 80 Prozent der international gehandelten Spielwaren stammen aus der Volksrepublik. Die Zustände in den Fabriken verstoßen oft nicht nur gegen internationale Arbeitsstandards, sondern auch gegen chinesisches Recht.

Hast Du Tipps für Verbraucher*innen, die Spielzeug unter den Weihnachtsbaum legen möchten, das sozial und ökologisch nachhaltig ist? Ist das überhaupt möglich?

Das ist nicht einfach. In den Weltläden gibt es ein kleines aber feines Sortiment an fair gehandeltem Spielzeug. Ein branchenweites Siegel für Spielzeug, das unter Wahrung von Arbeits- und Menschenrechten hergestellt wurde, existiert nicht. Da bietet der Bekleidungsmarkt weitaus mehr Möglichkeiten. Die Spielwaren-Siegel, die es gibt, nehmen vor allem die Sicherheit der Produkte in den Fokus. Käufer*innen können auch auf das Material und ökologische Gesichtspunkte achten. Holzspielzeug etwa sollte aus Holz aus nachhaltiger Forstwirtschaft gefertigt sein. Und: Es muss ja nicht immer neu sein. Flohmärkte und Internetplattformen bieten meist eine breite Auswahl an gut erhaltenen Spielwaren für Kinder aller Altersgruppen.

Du siehst an meiner Antwort: Hier muss sich wirklich noch vieles tun! Beispiele aus der Bekleidungsindustrie zeigen, dass es möglich ist. Nun muss die Spielwaren-Industrie nachziehen. Entscheidend wird sein, dass sie sich nicht an den zahlreichen verantwortungslosen Trittbrettfahrer*innen aus der Modewelt orientiert, sondern an den Bekleidungsunternehmen, die sich wirklich auf den Weg gemacht haben.



Die Spielwaren-Produktion in China

2016 hat die Arbeitsrechtsorganisation China Labor Watch (CLW) eine Undercover-Untersuchung¹ in vier chinesischen Spielzeugfabriken durchgeführt, in denen laut CLW auch Produkte für die bekannten Firmen Mattel, Hasbro, Disney, McDonalds und Wal-Mart hergestellt wurden. Die Ergebnisse stehen exemplarisch für die chinesische Spielzeugindustrie. Die häufigsten Arbeitsrechts-Verletzungen waren:

Mangelhafte Arbeitssicherheit

Laut chinesischem Arbeitsrecht sind Arbeitgeber*innen dazu verpflichtet, eine sichere und gesunde Arbeitsumgebung für ihre Belegschaft zu schaffen. Dazu gehören auch Schulungen zu Arbeitssicherheit und dem Einsatz von toxischen Substanzen, die in den vier Fabriken jedoch gänzlich fehlten. Teilweise war Arbeitsschutzmaterial wie Handschuhe und Schutzbrillen vorhanden, es wurde jedoch kaum genutzt, da die Arbeiter*innen nicht über deren Wichtigkeit unterrichtet waren.

Überlange Arbeitszeiten ohne Pausen

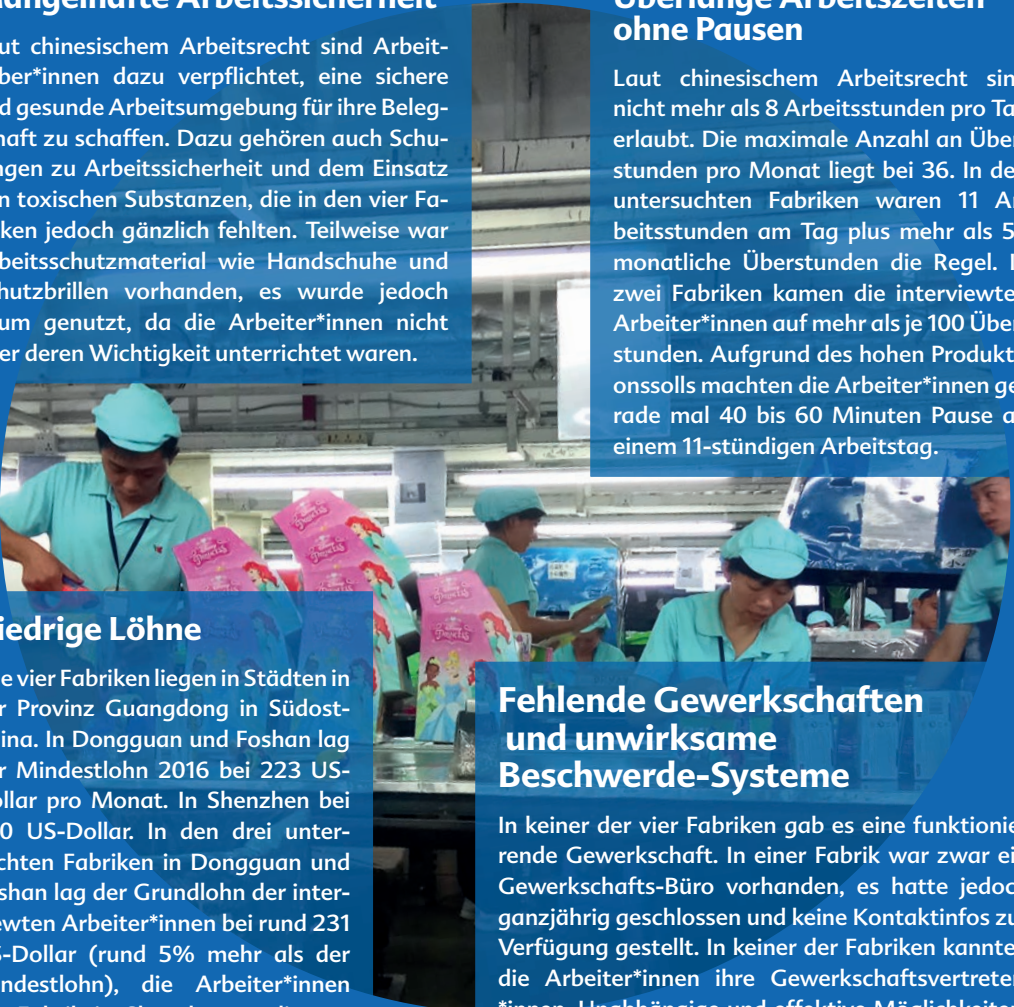
Laut chinesischem Arbeitsrecht sind nicht mehr als 8 Arbeitsstunden pro Tag erlaubt. Die maximale Anzahl an Überstunden pro Monat liegt bei 36. In den untersuchten Fabriken waren 11 Arbeitsstunden am Tag plus mehr als 50 monatliche Überstunden die Regel. In zwei Fabriken kamen die interviewten Arbeiter*innen auf mehr als je 100 Überstunden. Aufgrund des hohen Produktionsolls machten die Arbeiter*innen gerade mal 40 bis 60 Minuten Pause an einem 11-stündigen Arbeitstag.

Niedrige Löhne

Alle vier Fabriken liegen in Städten in der Provinz Guangdong in Südost-China. In Dongguan und Foshan lag der Mindestlohn 2016 bei 223 US-Dollar pro Monat. In Shenzhen bei 300 US-Dollar. In den drei untersuchten Fabriken in Dongguan und Foshan lag der Grundlohn der interviewten Arbeiter*innen bei rund 231 US-Dollar (rund 5% mehr als der Mindestlohn), die Arbeiter*innen der Fabrik in Shenzhen verdienten exakt den Mindestlohn. Diese niedrigen Löhne zwingen die Arbeiter*innen zu Überstunden. Überstunden-Zulagen gibt es jedoch nicht.

Fehlende Gewerkschaften und unwirksame Beschwerde-Systeme

In keiner der vier Fabriken gab es eine funktionierende Gewerkschaft. In einer Fabrik war zwar ein Gewerkschafts-Büro vorhanden, es hatte jedoch ganzjährig geschlossen und keine Kontaktinfos zur Verfügung gestellt. In keiner der Fabriken kannten die Arbeiter*innen ihre Gewerkschaftsvertreter*innen. Unabhängige und effektive Möglichkeiten, eine Beschwerde einzureichen, existierten nicht. In manchen Fabriken hingen zwar verstaubte Kummerkästen und teils gab es Beschwerde-Hotlines, doch auf Beschwerden wurde nicht reagiert.



¹"An Investigation into Four Toy Sweatshops" (Nov. 2016) www.chinalaborwatch.org/report/122

So war die CIR-Herbsttagung 2017

„Jetzt fühle ich mich gewappnet, in der Wirtschafts-Vorlesung an der Uni auch mal das Thema Menschenrechte anzusprechen“, so lautete das Feedback einer Teilnehmerin an unserer Herbsttagung zum Thema Rohstoffe und Menschenrechte am 21. Oktober.

Knapp 70 Interessierte hörten Vorträge zu den Themen Rohstoffabbau, -politik und imperiale Lebensweise, ließen sich von unseren Südgästen Heizel Torres (Centro Humboldt, siehe Seite 24) und Pedro Cabezas (CRIPDES) etwas über den Widerstand gegen Bergbau in Nicaragua und El Salvador erzählen und stellten Fragen an Referent*innen aus Nord und Süd in den nachmittäglichen Workshops:



Lebhafte Diskussion um das Rohstoffspiel „JUSTICE“ und faire Computermäuse.

Was bedeutet „Industrie 4.0“ für unseren Rohstoffkonsum? Wie kann ich die Menschen in Mittelamerika solidarisch in ihrem Widerstand unterstützen? Und wie kann ich dieses Wissen über die Rohstoffe in unserer Technik spielerisch weiter vermitteln? Mehr über die Herbsttagung und die behandelten Themen lesen Sie im Internet unter www.ci-romero.de/ueberuns_herbsttagung2017.

Mit freundlicher Unterstützung der



IN EIGENER SACHE

Unser Computer ist so programmiert, dass Spendenquittungen alle drei Monate ausgestellt werden. Sollten Sie 14 Tage nach Quartalsende trotzdem nichts von uns gehört haben, melden Sie sich bitte bei uns. Unsere Verwaltungsarbeit wird erleichtert, wenn Sie Ihren Namen, Ihre Anschrift und den Verwendungszweck Ihrer Spende deutlich angeben. Eine weitere Erleichterung ist die Ausstellung von Einzugsermächtigungen bei Dauerspender*innen. Füllen Sie einfach dieses Formular aus und senden Sie es uns zu.

Einzugsermächtigung

Ich unterstütze die Arbeit der CIR mit einem Beitrag

von _____ Euro

- ☐ einmalig ☐ monatlich
☐ 1/4 jährlich ☐ 1/2 jährlich ☐ jährlich

bis auf Widerruf beginnend am _____

Verwendungszweck:

- ☐ Projektarbeit ☐ Öffentlichkeitsarbeit
☐ Projekt-/Öff.-Arbeit ☐ Fördermitgliedschaft

IBAN / Konto-Nr. _____

BIC / BLZ _____

Bank _____

Hiermit ermächtige ich die Christliche Initiative Romero e.V., den Betrag von meinem Konto durch Lastschrift einzuziehen. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein Geldinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen. Die SEPA-Lastschrift kann jederzeit mit sofortiger Wirkung widerrufen werden.

Name, Vorname _____

Strasse, Nr. _____

PLZ, Ort _____

E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

BESTELLSCHEIN Alle angegebenen Preise zzgl. Versandkostenpauschale.

Porto und Verpackung werden zusätzlich berechnet. Beachten Sie bitte, dass aus Platzgründen nicht alle Titel, die wir im Versand führen, in unserer **presente** erwähnt werden. All unsere Publikationen finden Sie unter www.ci-romero.de/bestellen.

Christliche Initiative Romero	Euro	Expl.
Broschüre: Romero Stiftung	gegen Porto	
RomeroZeitung 2015 – anlässlich der Seligsprechung Romeros		
Werkmappe Romero: Falsche Propheten gibt es genug	2,50	
Flyer: Maquila-Solidaritätsfonds	gegen Porto	
Faltblatt: CIR-Fördermitgliedschaft		
Faire öffentliche Beschaffung		
Flyer: Sozial verantwortlicher Einkauf in Kommunen – Diese Projekte zeigen, wie es geht	gegen Porto	
Aktionszeitung: Wie fair kauft meine Stadt?		
Praxisleitfaden: ILO-Kernarbeitsnormen und Fairer Handel beim Einkauf von Dienstbekleidung	2,00	
Leitfaden: Wegweiser zur sozial verantwortlichen Beschaffung in Kommunen	4,00	
Öko-sozialer kirchlicher Einkauf		
Infoblatt: Das öko-faire Gotteshaus	gegen Porto	
Aktionszeitung: Wie fair kauft meine Kirche?		
Leitfaden: Wie fair kauft meine Kirche? Ein Leitfaden zum ethischen Konsum in Kirchen	5,00	
Kampagne „FrauenStimmen gegen Gewalt“		
DVD: „Jetzt habe ich eine Stimme!“ Frauenorganisationen in Nicaragua (5 Kurzdokumentationen) ☐ spanisch ☐ deutsch	6,00	
Kampagne für Saubere Kleidung		
Aktionszeitung: #Modesünde – Fast Fashion	gegen Porto	
Infopakete: Saubere Kleidung		
Set: Eingefädelt – Arbeitshilfe für Multiplikator*innen	7,00	
Foto-Posterserie zur Bekleidungsindustrie: „Nach St(r)ich und Faden“ (6 Poster)	15,00	
Hintergrund: #SAUBEREKLEIDUNG		
Faltblatt: Fit For Fair für Sportler*innen und Vereine	gegen Porto	
Aktionskarte für kritische Konsument*innen: „Ich möchte die ganze Rechnung sehen!“		
Werkmappe: Fit For Fair Arbeitsbedingungen in der weltweiten Sportbekleidungsproduktion	5,00	
Werkmappe: Mode ohne Würde: Ausbeutung in der weltweiten Bekleidungsindustrie. Informationen, Strategien, Aktionen	5,00	
DVD: Nähen für den Weltmarkt	6,00	
Ethischer Konsum		
Infopakete: Ethischer Konsum		
Aktionsmaterial und Kund*innenkarte: Tricksen Tarnen Täuschen		
Aktionskarte: Gaben & Begabungen teilen		
Werkmappe: Kaufwahn oder Konsumieren mit Sinn?	5,00	
Prospektpersiflage: Was hinter den Schnäppchen steckt	ALDI ☐ LIDL ☐	gegen Porto

Rohstoffe		
Studie: Mexiko – Gewaltrohstoffe für Deutschlands Industrie?	4,00	
Studie: Diebstahl – Wie die Stahlindustrie sich aus der Verantwortung stiehlt	2,00	
Infopakete: Rohstoffe		
Goldbroschüre: Schöner Schein...		
Flyer: Stop Mad Mining		gegen Porto
Aktionszeitung: Begrabene Menschenrechte - Bergbau in Mittelamerika und Mexiko		
Aktionszeitung: Rohstoffe auf Kosten von Mensch und Natur?		
Supermärkte		
Wegweiser durch das Label-Labyrinth	2,00	
Infoblatt über den Wegweiser durch das Label-Labyrinth		
Quick Check: Eine schnelle Orientierung im Label-Labyrinth		
Poster: Das SuperMarkt-Wimmelbild		
Broschüre: DER WANDEL - Schattenseiten & Lichtblicke in der Orangensafterstellung		beiliegend
Infoblatt: Ausbeutung in Chicken Nuggets		gegen Porto
Bündniszeitung zum UN-Treaty: Menschenrechte vor Profit		beiliegend
Aktionszeitung: Hauptsache billig? Die Eigenmarken der Discounter...		
Bildungs- und Aktionstasche mit 6 Kurzfilmen, 10 Methodenblättern, vielen Aktionsmaterialien	12,00	
Werkmappe: Supermärkte in die Verantwortung nehmen!	3,00	
Geschenkideen		
Weihnachtskarten aus Kinderhand	1,50	
Freundschaftsbändchen aus Guatemala	1,50	
Bunte Holzkreuze mit biblischen Motiven, von Kooperativen der Basisgemeinden El Salvadors, (versch. Größen)		
	3 cm (Anhänger)	3,00
	13 cm	8,00
	20 cm	10,00
	29 cm	13,00

Name/Organisation

Strasse, Nr.

PLZ/Ort

Tel./Fax

E-Mail

Datum, Unterschrift

☐ Bitte schicken Sie mir den E-Mail-Newsletter der CIR zu.

Goldene Weihnachten?

Weihnachten steht vor der Tür und oft geht es um die Frage: Was schenken? Sie mag angesichts des Trubels in den überfüllten Einkaufsstraßen schwierig klingen, doch eigentlich zeigt sie, wie privilegiert wir sind. In den rohstoffreichen Ländern des globalen Südens gibt es ganz andere Arten von Unruhen. Der Abbau von Gold brachte Gewalt nach El Salvador und trägt etwa in **Mexiko** und anderswo noch immer dazu bei, dass kriegsrische Konflikte immer neuen Zündstoff erhalten: Aufgrund von Profit-

interessen verletzen gewalttätige Gruppen, aber auch legale Bergbauunternehmen, Menschenrechte massiv und verschmutzen die Umwelt.

Anschließend findet das edle Metall seinen Weg nach Europa. So werden viele Länder und Menschen statt beschenkt beraubt. 57 Prozent des abgebauten Goldes wird dann zu Schmuck verarbeitet und vergoldet uns womöglich das Weihnachtsfest. Das hat nicht viel mit Christlichkeit zu tun – zu keiner Zeit und schon gar nicht an Weihnachten.



Verfolgen Sie in unsere aktuelle Studie „Mexiko: Gewaltrohstoffe für Deutschlands Industrie?“ auf welchem Wege Gold und andere Konfliktrohstoffe zu Menschenrechtsverletzungen beitragen und wie Akteur*innen in Deutschland die Situation verbessern können.

Mit dem umseitigen Bestellschein bestellen oder **kostenlos herunterladen.**

Doch es gibt Möglichkeiten, Schmuck und Smartphones unter Beachtung menschenrechtlicher und ökologischer Aspekte zu schenken: Unsere Goldbroschüre „Schöner Schein...“ können Sie mit dem umseitigen Bestellschein bestellen oder

kostenlos herunterladen.

WWW.CI-ROMERO.DE/BESTELLEN

Ermöglichen Sie weiterhin unsere Arbeit zu Rohstoffen

Das im Juni verabschiedete EU-Gesetz zur Konfliktmineralienverordnung ist ein erster wichtiger Schritt zur Eindämmung des blutigen Handels mit Gold und drei weiteren Rohstoffen. Dazu konnten wir dank ihrer Unterstützung beitragen. Jetzt geht es darum, die Umsetzung kritisch zu begleiten und verbindliche Regelungen für alle Rohstoffe einzufordern.

Bitte helfen Sie uns, unsere Arbeit fortzusetzen. Stichwort «STOP MAD MINING»

